
Einige Überlegungen zur sich ändernden Einkommensverteilung

Peter Rosner

Es ist gesichertes Wissen, dass die Einkommensverteilung seit längerer Zeit ungleicher wird, nachdem die Ungleichheit in den Jahrzehnten davor eher gesunken ist.¹ Das gilt für fast alle entwickelten Wirtschaften und ist unabhängig vom Niveau der Ungleichheit, gemessen etwa mit dem Gini-Koeffizienten. Es handelt sich also nicht um eine Anpassung an einen möglicherweise vorhandenen steady state oder an einen Gleichgewichtswert. Der Anstieg ist auch wenig abhängig davon, ob ein Staat eine Regierung leicht links von der Mitte hat oder leicht rechts davon. Die jeweils implementierte Politik scheint auf die Entwicklung der Einkommensverteilung wenig Einfluss zu haben, wenn man diese Entwicklung an der Veränderung einer spezifischer Kennziffer messen will. Es gibt jedenfalls eine in der Theorie anerkannte Ursache für langsam steigende Ungleichheit: Personen mit sehr hohem Einkommen in einer Periode haben mit positiver Wahrscheinlichkeit ein höheres Einkommen in der Folgeperiode. Personen mit sehr niedrigem Einkommen in einer Periode haben in der Folgeperiode mit positiver Wahrscheinlichkeit wiederum ein sehr niedriges Einkommen. Die Spanne zwischen den sehr hohen und den sehr niedrigen Einkommen steigt also. Gebremst wird dieser Prozess durch die Endlichkeit des Lebens und dadurch, dass junge Menschen nicht mit dem höchsten Einkommen einer Ökonomie ihre Karriere beginnen.

Makroökonomische Entwicklungen, die in eher politikwissenschaftlich orientierten Analysen der steigenden Ungleichheit angeführt werden, scheinen wenig Einfluss auf diese Entwicklung zu haben. Die Ungleichheit steigt in Ökonomien mit geringer Arbeitslosigkeit, etwa in Österreich und in manchen der nordeuropäischen Ökonomien, aber auch in Staaten mit wesentlich höherer Arbeitslosigkeit, etwa in Spanien und in den USA. Es gibt Wirtschaften mit Perioden steigender Ungleichheit bei hohem Wirtschaftswachstum und Perioden steigender Ungleichheit bei wirtschaftlicher Stagnation.

Oft wird auf einen fundamentalen ideologischen und politischen Wechsel hingewiesen, der zeitlich mit der Stabilisierungskrise am Ende der 70er-Jahre verortet wird. Der Begriff Neoliberalismus wird dabei verwendet. Als Erklärung ist das unbefriedigend für wirtschaftswissenschaftliche

Analysen. Es wird dabei nämlich unterstellt, dass die Einkommensverteilung *direkt* durch Politik und die ihr zugrunde liegende Ideologie bestimmt wird. Wenn man diese Annahme aber ablehnt, dann muss man zeigen, durch welche Kanäle eine bestimmte Politik die Einkommensverteilung beeinflusst. Mit dieser Fragestellung begibt man sich bereits auf das Gebiet der ökonomischen Theorie im engeren Sinn des Wortes. Der Hinweis auf Neoliberalismus kann nicht die ökonomische Analyse ersetzen. Diese Erklärung ist auch deshalb unbefriedigend, weil der ideologische und politische Wechsel auch eine Folge sich ändernder sozialer und wirtschaftlicher Gegebenheiten sein kann.

Die folgenden Bemerkungen bieten keine derartige Analyse. Sie sind vielmehr eine Zusammenstellung einiger Fragen, die für die Analyse der Einkommensverteilung wichtig sind. Getragen ist diese Zusammenstellung von einer spezifischen Überzeugung: Es gibt nicht *eine* Ursache der stärkeren Ungleichheit, sondern deren viele – im engeren Sinn ökonomische Veränderungen, demographische Entwicklungen, geänderte Lebensformen, politische Entwicklungen, usw. Jede dieser Änderungen beeinflusst die Einkommensverteilung, auch wenn alle anderen Einflussfaktoren konstant bleiben. Es ist zwar zu bezweifeln, dass es durch entsprechende empirische Untersuchungen gelingen wird, die tatsächliche Veränderung der Einkommensverteilung als eine gewichtete Summe der einzelnen Faktoren zu bestimmen. Für die Herausarbeitung der Fragestellung ist es aber sinnvoll, die Veränderung eines Faktors auf eine gegebene Einkommensverteilung zu isolieren.

Gegenüber summarischen Untersuchungen, wie sie auch in manchen Aspekten der jüngsten OECD Studie zur Einkommensverteilung zu finden ist, haben detailliertere Analysen einen Vorteil (OECD, 2011; insbesondere Teil I). Es gibt Veränderungen in der Wirtschaft, von denen man eindeutig sagen kann, ob sie die Ungleichheit erhöhen oder senken, oder zumindest unter welchen Voraussetzungen das eine oder andere eintreten muss. Die Veränderung der empirischen Verteilung ist schließlich aggregiertes Resultat der verschiedenen Änderungen. Wenn eine Untersuchung ergibt, dass nach einer Öffnung der Märkte gegenüber dem Ausland die Einkommensverteilung sich im Aggregat kaum verändert hat, so kann das empirisch richtig sein. Aber daraus kann nicht geschlossen werden, dass diese Öffnung die Einkommensverteilung nicht beeinflusst hat. Es kann durchaus der Fall sein, dass die die Ungleichheit vergrößernden Faktoren und die sie verringernden in ihren Wirkungen einander aufgehoben haben. Anders ausgedrückt: Wenn die Einkommensverteilung sich nicht ändert, so kann das ein zufälliges Resultat einander aufhebender Änderungen der Verteilung sein.²

1. Die Streuung der Löhne

Nicht nur sind die Einkommen insgesamt ungleicher geworden. Das trifft auch zu für die Einkommen der unselbständig Beschäftigten. Einer der Ursachen dafür ist wohl, dass die Streuung der Löhne, also des Preises für Arbeit, gestiegen ist. Um diese Frage zu untersuchen, muss man drei Fälle unterscheiden. Erstens, unterschiedliche Veränderungsraten in bestehenden Arbeitsverträgen, etwa durch unterschiedliche kollektivvertraglich festgelegte Lohnerhöhungen. Zweitens, unterschiedliche Lohnveränderungen bei bestehenden Arbeitsplätzen unter Beachtung von Abwanderungen und Neueintritten. Schließlich unterschiedliche Lohnentwicklung durch das Verschwinden und Neuentstehen von Arbeitsplätzen bei gleicher Lohnentwicklung für bestehende Arbeitsplätze.

Für Österreich kann vermutet werden, dass der erste Faktor keine große Rolle für die steigende Ungleichheit spielt. Die Streuung der kollektivvertraglich vereinbarten Lohnerhöhungen, wie sie etwa an der Entwicklung der Indizes der Mindestlöhne abgelesen werden kann, ist nicht sehr hoch. Die Entwicklung der Löhne und, wenn auch in geringerem Maße, die Einkommen von Personen in langfristigen Arbeitsverträgen haben sich zwischen Sektoren und zwischen Qualifikationen nicht stark unterschieden.

Von größerer Bedeutung ist wohl die Veränderung der Löhne für Arbeiten, die beim Wechsel der Person auf einem bestehenden Arbeitsplatz, eintreten. Dazu gehören auch Klauseln in Kollektivverträgen oder auch entsprechenden Gesetzen, denen zufolge Neueintretende einen anderen Lohn oder andere Lohnnebenleistungen haben als die bereits Beschäftigten – meist niedriger. Ein Beispiel: Mit Inkrafttreten des Kollektivvertrags der Universitäten mit 1.10.2009 wurde das Einkommen der neu eintretenden Assistenten gesenkt. Während bis dahin dieser Gruppe für die Lehre ein Zuschlag gezahlt wurde, so war bei Verträgen ab diesem Datum die Lehre bei unverändertem Grundeinkommen bereits abgegolten. Gerade in Bereichen, in denen eine Gewerkschaft und/oder eine innerbetriebliche Vertretung der Beschäftigten stark sind, kann dies eine Strategie der Unternehmensführung sein, Lohnkosten zu senken, ohne die bereits Beschäftigten schlechter zu stellen.³

Oft sind Ausgliederungen und der damit verbundene Wechsel des Kollektivvertrags Ursache für sich ändernde Lohnrelationen. In den Standardmodellen der ökonomischen Theorie sollte das wenig Unterschied machen. Es wird darin schließlich angenommen, dass es für jede Leistung auf einem Markt nur einen Preis gibt, eben den Marktpreis. Eine Änderung der organisatorischen Struktur ohne Änderungen der Produktivität der Arbeitskräfte kann nicht zu geänderten Löhnen führen. Diese Bedingung eines gleichen Lohns für gleiche Arbeiten war in Österreich nicht erfüllt – auch nicht für Männer und für Frauen getrennt. Für manche Tätigkeiten

gab es je nach Industrie unterschiedliche Löhne. Eine einfache Tätigkeit in einer Industrie mit hohen Löhnen war oft besser bezahlt als eine ähnliche Tätigkeit in einer Industrie mit niedrigen Löhnen.⁴ Es waren vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte, die in manchen Industrien vergleichsweise gut gestellt waren. Die bis vor wenigen Jahren dominierende Struktur der Gewerkschaften, nämlich ein strenges Industriegruppenprinzip, hat das unterstützt.

Die institutionelle Ausgliederung entsprechender Unternehmenseinheiten oder entsprechender Arbeitsschritte erleichtern den Unternehmen ein Senken der Kosten, ohne dass die Löhne der für das Unternehmen wichtigen Arbeitskräfte gesenkt werden. Die Ungleichheit der Löhne innerhalb der Unternehmen kann dabei sinken, weil Arbeiten mit hohen Löhnen in formal anderen Unternehmen stattfinden als Arbeiten mit niedrigen Löhnen. Beispiele dafür sind die Ausgliederung von Kantinen zu selbständigen Einheiten und damit der Übergang zum Kollektivvertrag der Gastronomie. Dieser sieht niedrigere Löhne vor als die der meisten anderen Industrien. Reinigungsdienste, Bewachungsdienste werden heute von darauf spezialisierten Unternehmen angeboten; ähnliches gilt für manche Dienste in Spitälern. Auch die steigende Bedeutung von Leiharbeitskräften kann zu einem in Tariflohnindizes nicht erfassten Absinken der Löhne in manchen Bereichen beitragen. Das Gebot, dass Leiharbeitskräfte nach dem Kollektivvertrag der Unternehmen, in denen die Leistungen zu erbringen sind, bezahlt werden müssen, kann dem entgegenwirken, wird aber das Auseinanderdriften der Einkommen nicht ganz aufheben können. Es erleichtert nämlich den Unternehmen die Möglichkeit genau den kollektivvertraglichen Mindestlohn zu zahlen.

Die betriebliche Vertretung der Arbeitnehmer bezieht sich in diesen Fällen oft nicht mehr auf die Produktionseinheit, in der diese beschäftigt sind, sondern auf den formell zuständigen Arbeitgeber. Ähnliches gilt für die innerbetriebliche Solidarität. Beschäftigte in einem Unternehmen können davon profitieren, dass manche der in einer Betriebsstätte notwendigen Arbeiten zu niedrigerem Lohn gemacht werden, weil es sich um Beschäftigte eines anderen Unternehmens handelt. Man beachte, dass bei gegebenem Preis für das Endprodukt die dem Unternehmen verbleibende Wertschöpfung steigt, wenn ein Arbeitsschritt als Vorleistung günstiger am Markt zugekauft wird als er im Unternehmen selbst erstellt werden kann. Wie bereits angeführt, erfolgt dieses „Zukaufen am Markt“ in vielen Fällen mit dem Ziel einer Reduktion eines Teils der Löhne. Es gilt aber auch, dass in manchen Fällen durch solche Ausgliederungen die Ungleichheit in Österreich verringert wird, nämlich dann, wenn Arbeitsschritte mit überwiegend niedriger Qualifikation in Ökonomien mit niedrigerem Lohnniveau verlagert werden. Von dieser Möglichkeit haben Unternehmen in Österreich Gebrauch gemacht, wobei in Österreich die

Arbeitslosigkeit durch den sicher eingetretenen Verlust von Arbeitsplätzen nur wenig gestiegen ist.

Die größte Bedeutung für die Veränderung der Löhne geht aber von strukturellen Verschiebungen der Arbeitsplätze aus. Die Ungleichheit der Einkommen kann bei konstanten Löhnen sich verändern, wenn nämlich die Besetzungszahlen in den einzelnen Lohnintervallen sich ändern. Die Entwicklung dieser Besetzungszahlen für Österreich, also die Dynamik des Verschwinden und des Entstehen von Arbeitsplätzen nach unterschiedlicher Lohnhöhe, wird wohl nicht in einem Modell dargestellt werden können. Zu viel verändert sich im Lauf einiger Jahrzehnte – die Technologie, der Grad der Offenheit der Wirtschaft, das Arbeitsangebot in den einzelnen Qualifikationen, die Erwerbstätigkeit der Frauen, die Struktur der Nachfrage. Es ist schon schwierig den Einfluss jeder dieser Faktoren unter Außerachtlassung der jeweils anderen zu analysieren, eine Analyse aller Faktoren gemeinsam wird kaum befriedigend gelingen.

Die Standardmodelle der ökonomischen Theorie sind jedenfalls zu statisch, um der Komplexität dieser Prozesse gerecht zu werden. Sie können nur einen ersten Ansatz für entsprechende Analysen bieten. So würde man etwa auf Grund der Ergebnisse der Heckscher-Ohlin Modelle vermuten, dass sich Österreich in der internationalen Arbeitsteilung auf skill-intensive Produktionen spezialisiert und dadurch die Lohndifferenzen zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften sich vergrößern. Das dürfte im engeren Industriebereich eingetreten sein, was etwa am fast vollständigen Verschwinden der Textil- Bekleidungs- und Lederindustrie zu sehen ist. Andererseits aber sind im Bereich der persönlichen Dienstleistungen durch den weiterhin wachsenden Tourismus erneut Arbeitsplätze mit teils sehr niedrigen Einkommen entstanden. Das kann im Rahmen der Heckscher-Ohlin Modelle mit dem Vorhandensein spezifischer Produktionsfaktoren – für Österreich wäre das „Natur und Geschichte“ – erklärt werden.

Freilich ist es fraglich, ob man für langfristige Entwicklungen derartige Modelle verwenden kann. In diesen Modellen ist nämlich die Faktorausstattung gegeben, bzw. ändert sich durch exogene Schocks. Damit ist ausgeschlossen, dass das Angebot an Faktoren – Arbeitskräfte und Qualifikationen – durch die sich ändernde Lohnentwicklung beeinflusst wird. Das wird aber eintreten, wenn größere Lohnunterschiede den Erwerb von Qualifikationen attraktiv machen. Die Knappheiten auf Arbeitsmärkten verändern sich in der langen Frist bei Veränderungen der Einkommensunterschiede.

2. Die steigende Erwerbstätigkeit von Frauen

Seit Jahrzehnten steigt die Erwerbstätigkeit von Frauen. Welche Veränderung bewirkt dies für die Einkommensverteilung? Dabei muss unterschieden werden zwischen der Einkommensverteilung von Personen und derjenigen von Haushalten.

Angenommen Frauen haben die gleichen Einkommen wie Männer, d. h. die Mittelwerte und die Verteilungen der Einkommen der Frauen und der Männer sind gleich. Dann verändert sich die Einkommensverteilung auf Personenebene durch eine steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen nicht. Wohl aber kann sich die Verteilung der Einkommen auf Haushaltsebene verändern. Das wiederum kann zwei Gründe haben.

Erstens, wenn es systematische Unterschiede in den Lebensformen zwischen Beziehern unterschiedlich hoher Einkommen gibt, dann kann die Verteilung der Einkommen auf Haushaltsebene, insbesondere die Verteilung der äquivalenten Einkommen gleicher oder ungleicher werden. Nimmt man etwa an, dass Personen mit niedrigem Einkommen zu einem geringeren Anteil in gemeinsamen Haushalten leben, weil sie oft jünger sind oder bereits Pensionisten, so fällt deren äquivalentes Haushaltseinkommen zurück gegenüber den Gruppen die als Personen höheres Einkommen haben und in Partnerschaften mit Personen mit annähernd gleichem Einkommen leben, wenn die Erwerbstätigkeit der Frauen steigt.

Zweitens, der Anstieg der Erwerbstätigkeit von Frauen kann in unterschiedlichen Einkommensgruppen unterschiedlich sein. Sie kann sowohl vom Einkommen des Mannes abhängen, etwa in der traditionellen Form, dass mit steigendem Einkommen des Mannes der Anstieg der Erwerbstätigkeit der Frauen sinkt; oder aber, mit steigender Qualifikation der Frau und damit steigendem erwarteten Einkommen steigt die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit. Im ersten Fall sinkt bei steigender Erwerbstätigkeit der Frauen die Ungleichheit der Einkommen auf Haushaltsebene, weil dieser Anstieg vor allem im unteren Bereich erfolgt. Im letzteren Fall steigt sie jedoch.

Zu vermuten ist, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit der Frauen stärker bei den höheren Einkommen stattgefunden hat als bei denjenigen mit niedrigem Einkommen des Mannes. Letztere waren auf das Einkommen der Frauen zur Erhaltung auch eines nur sehr bescheidenen Lebensstandards angewiesen. Da das Niveau der Erwerbstätigkeit höher war, ist möglicherweise die Zuwachsrate geringer gewesen. Für diese Hypothese spricht auch, dass der Anstieg der Ausbildung bei Frauen stärker war als der bei Männern und die Opportunitätskosten der nicht-Erwerbstätigkeit für Personen mit hoher Qualifikation höher sind. Dazu kommt, dass in stärkerem Maß als früher Haushalte von Personen mit ähnlichem Ausbildungsstand und daher ähnlichen Einkommenserwartungen gebildet wer-

den. Insgesamt ist daher zu vermuten, dass die Einkommensverteilung auf Haushaltsebene durch die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen ungleicher wird, selbst wenn Frauen die gleichen Einkommen beziehen wie Männer.

Die Annahme gleicher Einkommen, also gleichen Mittelwerts und gleicher Verteilung, ist natürlich nicht realistisch. Frauen verdienen im Durchschnitt weniger. Wenn die Verteilung der Fraueneinkommen gleich derjenigen der Männer ist, also die Lorenzkurven der Einkommen gleich sind bei unterschiedlichem Durchschnitt, so gibt es zwei entgegengesetzte Wirkungen auf die Einkommensverteilung: Die am unteren Ende der Einkommensverteilung für Frauen befindlichen Einkommen erhöhen die Ungleichheit insgesamt, insbesondere wenn man sie mit der P90/P10 Spanne misst. Andererseits, das Fehlen der sehr hohen Einkommen bei Frauen reduziert das Gewicht dieser Einkommen in der gemeinsamen Verteilung. Das kann dazu führen, dass Ungleichheit gemessen am Gini-Koeffizienten sinkt. In diesem Fall würden die Lorenzkurve der Männereinkommen und die Lorenzkurve der gemeinsamen Männer- und Fraueneinkommen einander schneiden.

Im Grunde genommen hängt die Wirkung der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen auf die Einkommensverteilung davon ab, wie das Gewicht der besonders niedrigen Einkommen in der gesamten Verteilung steigt – etwa durch die starke Zunahme der Teilzeitbeschäftigung bei Frauen – im Verhältnis zum Gewicht der höheren Fraueneinkommen, die ja im gesamten Bereich zu den mittleren Einkommen gehören. Das Gewicht der sehr hohen Einkommen, fast nur Männer, in der gesamten Verteilung wird jedenfalls zurückgehen, weil es kaum sehr hohe Fraueneinkommen gibt. Die Ungleichheit zwischen den Einkommen der Männer und der Frauen kann durchaus bei steigender Erwerbstätigkeit der Frauen zu geringerer Ungleichheit insgesamt führen. Nicht in allen Fällen ist sinkende Ungleichheit ein Ausdruck steigender Gerechtigkeit!

Wie sich die steigende Erwerbstätigkeit der Frauen auf die Ungleichheit der Haushaltseinkommen und auf die Ungleichheit der äquivalenten Einkommen auswirkt, kann, wie leicht einzusehen, nicht allgemein gesagt werden. Neben der Integration der beiden Verteilungen müssen auch die je nach Ausbildung und erwartetem Einkommen unterschiedlichen Veränderungsraten der Erwerbstätigkeit der Frauen beachtet werden, ebenso die in den unterschiedlichen Gruppen sich ändernden Formen betreffend Partnerschaften und Lebensstilen.

Bisher wurden nur die durch steigende Erwerbstätigkeit der Frauen eintretenden statistischen Effekte auf die Einkommensverteilung beachtet. Es können aber auch die Einkommen der Männer davon betroffen sein. Schließlich bedeutet eine steigende Erwerbstätigkeit der Frauen, ähnlich wie die Migration, einen Anstieg des Arbeitsangebots. Die Veränderung

des Angebots wird aber nicht in allen Qualifikationen und über alle Wirtschaftssektoren gleich gewesen sein. In manchen Bereichen haben Frauen den Wettbewerb am Arbeitsmarkt stärker erhöht als in anderen.

3. Demografische Änderungen und Einkommensverteilung

Die Veränderungen der demographischen Struktur beeinflusst ebenfalls die Einkommensverteilung. Generell gilt, dass mit steigendem Lebensalter und steigender Dauer der Beschäftigung in einem Unternehmen das Einkommen der Angestellten eher steigt. Für Arbeiter im engeren Sinn des Worts gilt dies nur in geringerem Maße und es gibt unter Arbeitern mehr Fälle, bei denen mit steigendem Alter das Einkommen sinkt. Das gilt insbesondere bei Arbeiten, bei denen es auf physische Kraft und Ausdauer ankommt.⁵

Eine erste Annäherung der Auswirkungen der sich ändernden Altersstruktur der Bevölkerung auf die Einkommensverteilung kann bestimmt werden aus altersspezifischen Verteilungen der Einkommen. Wenn man annimmt, dass diese altersspezifischen Verteilungen mit steigendem Alter ungleicher werden, so wird die Verteilung insgesamt ungleicher, wenn der Anteil der jüngeren Bevölkerung zurückgeht. Verstärkt wird diese Ursache des Anstiegs der Ungleichheit, wenn man nicht nur die Verteilung der Arbeitseinkommen beachtet, vielmehr auch die Kapitaleinkünfte einbezieht. Unter der Annahme, dass mit steigendem Arbeitseinkommen die Sparquote steigt, steigt die Ungleichheit der Kapitaleinkünfte mit steigendem Alter und damit die der Einkommen, selbst wenn die Ungleichheit der Arbeitseinkommen mit steigendem Alter nicht steigt.

Freilich kann man die Veränderung der Einkommensverteilung durch Änderung der Altersstruktur nicht allein aus altersspezifischen Verteilungen bestimmen. Wenn nämlich diese Verschiebungen der Altersstruktur entsprechend groß sind, dann werden sich die Einkommen der unterschiedlichen Altersgruppen ändern. Wenn junge Arbeitskräfte im Vergleich zu den älteren knapp werden, dann werden die Einstiegseinkommen steigen.

Eine Änderung der Einkommensverteilung ist sicher eingetreten durch den Anstieg der Lebenserwartung. Ein größerer Teil der Bevölkerung bezieht Pensionen. Das würde auch zutreffen, wenn das Pensionsanfallsalter nicht längere Zeit hindurch gesunken wäre. Da die Ungleichheit der Pensionseinkommen geringer ist, als die der Arbeitseinkommen hat die Lebensverlängerung die Ungleichheit insgesamt reduziert. Das ist insofern auffallend, als es nicht ein explizites Ziel des Pensionssystems ist Ungleichheiten zu verringern, sieht man von der Ausgleichszulage ab.

4. Funktionelle Einkommensverteilung

In den meisten Ökonomien reicher Staaten sinkt der Lohnanteil am BIP, so auch in Österreich. Das bedeutet zwar nicht notwendigerweise, dass die Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung steigt, aber wenn man realistischer Weise annimmt, dass die Vermögen stärker ungleich verteilt sind als die Einkommen, so bedingt eine sinkende Lohnquote eine stärker Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung.

Allerdings gibt es aus mehreren Gründen Schwierigkeiten bei der Interpretation der Daten. Anerkannt ist, dass bei einer sich ändernden Zusammensetzung der Erwerbstätigen zwischen Selbständigen und Unselbständigen die Lohnquote auch bei konstanten Einkommen sich ändern muss. Das führte zur Berechnung der bereinigten Lohnquote, nämlich wie verändert sich die Lohnquote, wenn das numerische Verhältnis Selbständige zu Unselbständigen gleichgeblieben wäre. Die entsprechenden Zeitreihen sind aber von einem weiteren Problem betroffen. Wenn man nämlich davon ausgeht, dass der Rückgang des Anteils der Selbständigen eine Abwanderung aus sehr unproduktiven landwirtschaftlichen und kleingewerblichen Betrieben war, so sollte das geänderte numerische Verhältnis zu einem stärkeren Anstieg der Lohnquote führen. In den modernen Industrien und Dienstleistungen sind die Abgewanderten produktiver als in den ursprünglichen Tätigkeiten. Schließlich wandern Arbeitskräfte – oft die nächste Generation – von einer selbständigen Tätigkeit zu einer unselbständigen, weil sie in letzterer ein höheres Einkommen erwarten.

Dazu kommt, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit der letzten Jahrzehnte vor allem ein Anstieg der unselbständig Erwerbstätigen war. Dem entsprach ein Rückgang der mithelfenden Angehörigen, deren Arbeitsertrag als selbständiges Einkommen des Haushaltes verzeichnet wurde. Insgesamt hätte bei unveränderten Entlohnungen der Qualifikationen die Lohnquote steigen müssen durch das geänderte numerische Verhältnis Selbständige zu Unselbständigen. Es ist jedenfalls zu vermuten, dass die sinkende Lohnquote zu einer stärkeren Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung führt.

5. Der Anstieg der Staatsschulden

Der Einfluss der Zinszahlungen für die Staatsschuld auf die Einkommensverteilung ist schwer zu bestimmen. Es handelt sich dabei nicht um Kapitaleinkünfte im Sinne der VGR, wohl aber um steuerliche Kapitaleinkünfte. Sie werden mit Steuern finanziert, ähnlich wie Pensionen, Familienbeihilfe und andere Transfers. Dennoch werden sie mit Recht den Markteinkommen der Haushalte zugerechnet und nicht den Transferein-

kommen. Eine Zurechnung zu den einzelnen Haushalten ist jedoch kaum möglich. Dies nicht nur, weil wegen des Bankgeheimnisses Einkünfte aus Veranlagungen in Österreich nicht den Haushalten zugerechnet werden können. Es ist fraglich, ob überhaupt ein größerer Teil der Staatsschuld bei privaten Haushalten liegt, oder ob nicht der größte Teil von Fonds und anderen Finanzintermediären gehalten wird.

Natürlich fließen die Erträge letztlich den Haushalten zu, nämlich in Form von Fondserträgen und anderen Kapitaleinkünften. Man kann wohl davon ausgehen, dass vor allem vermögende Haushalte Empfänger der Zinszahlungen des Staates sind. Es ist eine traurige Ironie, dass der Staat in seinem Bemühen, die Verteilung der Bruttoeinkommen durch Steuern und Transfers gleicher zu gestalten, zu Finanzierungsmethoden gegriffen hat, die zu einer Vergrößerung der Ungleichheit führen.

6. Intensivierung des internationalen Wettbewerbs – Außenhandel und Migration

Die Ausweitung der internationalen Handelsströme brachte für manche Qualifikationen und Industrien eine starke Veränderung in den Wettbewerbsbedingungen. Meist wird dabei auf den transkontinentalen Handel hingewiesen, der vor allem wenig qualifizierte Arbeitskräfte betroffen hatte. Für Österreich dürfte aber der innereuropäische Handel von größerer Bedeutung gewesen sein. Dabei sind zwei Perioden zu unterscheiden. Bis Ende der 80er-Jahre wuchs die Integration der österreichischen in die westeuropäische Wirtschaft. Diese Wirtschaften hatten ein ähnliches Lohnniveau wie Österreich. In Deutschland, dem wichtigsten Markt, war das Lohnniveau etwas höher als in Österreich. Die Auswirkungen auf die Verteilung der Arbeitseinkommen wird daher gering gewesen sein, sieht man von der durch den Außenhandel geringer gewordenen Monopolpositionen ab. Das betrifft sowohl Arbeitseinkommen als auch solche aus Kapitalbesitz.

Das änderte sich in der zweiten Periode, als nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaften und insbesondere nach der Osterweiterung der EU der Handel mit Ökonomien mit einem viel niedrigeren Lohnniveau stark ausgeweitet wurde. Daraus allein freilich kann man nicht auf eine bestimmte Folge für die Einkommensverteilung in Österreich schließen. Wenn nämlich dieses niedrigere Lohnniveau ausschließlich eine Folge geringerer durchschnittlicher Qualifikation der Arbeitskräfte ist, so würden zwar nach dem Heckscher-Ohlin Theorem in Österreich die Einkommensdifferenzen zwischen qualifizierten und unqualifizierten Arbeitskräften steigen, aber über die Veränderungen der Einkommensverteilung kann nichts gesagt werden. Diese hängen wohl auch vom gewählten Ungleich-

heitsmaß ab. So ist es denkbar, dass die Ungleichheit nach dem P90/P10 Maß steigt, aber der Ginikoeffizient oder ein Variationsmaß fällt.

Die Annahme, dass Lohnunterschiede ausschließlich den auch über längere Zeit hinweg nicht veränderbaren Qualifikationsunterschieden entsprechen, ist im Fall der Integration der Wirtschaften Osteuropas sicher falsch. Die geringere Produktivität der osteuropäischen Wirtschaften war primär eine Folge schlechter Organisation, veralteter Technologien der Unternehmen und schlechterer Infrastruktur und nicht eines Überschusses an unqualifizierten Arbeitskräften. Dazu kam der Zusammenbruch von Teilen der Industrie im Zuge der Transformation, wodurch Arbeitsplätze wegfielen. Diese Situation entspricht eher dem von der Klassischen Ökonomie behandelten Fall eines nahezu unbeschränkten Arbeitsangebots zu niedrigen Löhnen. In solch einer Situation ist es unwahrscheinlich, dass sich die Einkommensverteilung in Österreich durch die Öffnung Osteuropas nicht verändert hat. Die Änderungen erfolgen über mehrere Kanäle. Erstens, Produktionen und Produktionsschritte werden ins Ausland verlagert (s. o. I). Zweitens, die Möglichkeit der Zuwanderung im Rahmen der EU Bestimmungen bringt in manchen Bereichen einen Druck auf Löhne und damit auf Einkommen. Insofern dieser Druck nicht gleichmäßig in allen Industrien und bei allen Qualifikationen entstanden ist, wird die Einkommensverteilung beeinflusst. Wenn man annimmt, dass vor allem unspezifische Qualifikationen – dabei auch höhere – von der stärkeren Konkurrenz betroffen sind, so wird die Ungleichheit zunehmen. Freilich gilt auch hier, was oben unter II im Zusammenhang mit dem verstärkten Arbeitsangebot der Frauen gesagt wurde. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Ungleichheit in Österreich nach manchen Maßen zurückgeht. Dies umso mehr als Arbeitsplätze im unteren Einkommensbereich stärker ins osteuropäische Ausland verlagert werden als solche mit hohen Löhnen. Dennoch, es wäre ein im Rahmen der Wirtschaftswissenschaft nicht zu erklärendes Wunder, wenn die Integration Osteuropas nicht die Einkommensverteilung ungleicher gemacht hätte.

7. Spezifische Qualifikationen

Die langfristige Entwicklung der Einkommensverteilung ist wohl dadurch geprägt, dass durch die Verstärkung des Wettbewerbs auf Güter- und Arbeitsmärkten die Einkommen zunehmend eher von Marktbedingungen als von institutionellen Gegebenheiten abhängen. Das drückt Einkommen im unteren Bereich. Umgekehrt können Arbeitseinkommen im oberen Bereich besonders steigen. Das betrifft alle jene Bereiche, in denen spezifische Qualifikationen besonders gefragt sind bzw. sie den Anbietern dieser Qualifikationen eine besondere Verhandlungsmacht geben. So kann

man etwa seit einiger Zeit in Europa beobachten, dass kleine Gruppen von Arbeitnehmern erfolgreich überdurchschnittliche Lohnerhöhungen durchsetzen, bzw. sich erfolgreicher als andere Gruppen gegen Verschlechterungen der Bedingungen wehren können, etwa Lokomotivführern, Piloten, Fluglotsen. Diese Gruppen erhöhen jedenfalls ihren Anteil an der Wertschöpfung der entsprechenden Unternehmen. Das verstärkt die Ungleichheit insgesamt.

Von besonderem Interesse sind dabei die sehr hohen Einkommen. Für diese gelten offensichtlich spezielle Gesetzmäßigkeiten. Eine wesentliche Änderung gegenüber vergangenen Zeiten ist, dass Arbeitseinkommen ein wesentlich stärkeres Gewicht bei den sehr hohen Einkommen haben als früher.⁶ Das hat mehrere Gründe. Erstens, das Einkommen von Unternehmern hat oft die rechtliche Form eines Arbeitseinkommens, auch wenn der Unternehmer selbst Eigentümer ist. Das gilt insbesondere für die als Kapitalgesellschaft geführten Unternehmen. Noch stärker ist das bei reinen Kapitalgesellschaften, bei denen es mittlerweile immer wieder zu Konflikten zwischen den Anteilseignern und den Management um dessen Bezahlung kommt. Die extrem hohen Einkommen im Finanzbereich etwa sind Arbeitseinkommen, nicht Gewinneinkommen von Bankiers.

Zweitens, Personen, die Produkte ihrer Arbeit direkt auf entsprechenden Märkten anbieten, können heute wesentlich höhere Einkommen erzielen als früher. Das betrifft die klassischen freien Berufe, Kunst, Unterhaltung, Sport, ein Produkt-Unternehmen – Superstars.⁷ Moderne Kommunikationsmedien ermöglichen es, sich an ein immer größeres Publikum zu wenden. Dazu trägt auch die mit diesen Kommunikationsmedien verbundene Dominanz spezifischer Kulturen und weniger Sprachen bei. Ein Extremfall in diesem Bereich ist die Autorin der Harry Potter Romane, Joanne Rowling, die in einer kurzen Zeitspanne zur reichsten Frau Großbritanniens wurde. Für Österreich würde man die Familien Dichand und Mateschitz anführen.

Eine Besonderheit dieser Märkte ist, dass die Menge der entsprechenden Produkte und Leistungen nicht in dem Maß gesteigert werden kann, wie das bei vielen Industrieprodukten möglich ist – wenn auch vielleicht nicht wünschenswert. Die für die Verfolgung eines wichtigen Fußballspiels im Fernsehen aufgewandte Zeit, steht nicht für den Besuch eines lokalen Sportereignisses zur Verfügung. Die Nachfrage der Konsumenten konzentriert sich in diesen Märkten auf eine kleinere Zahl von Anbietern. Es steigt daher die Ungleichheit der Einkommen auf diesen Märkten, außer wenn die Zahl der Anbieter zurückgeht – the winner takes all.⁸

Alle diese Mechanismen sind auch in Österreich wirksam, wenn auch bedingt durch die Kleinheit des Landes vielleicht nicht so stark wie in deutlich größeren Ländern. Österreichische Finanzinstitute rekrutieren ihre Führung bis jetzt überwiegend aus ihrer eigenen Belegschaft. Ein an den

österreichischen Markt gebundenen Entertainer oder Schauspieler kann bei gleicher Qualifikation nicht so viel verdienen, wie jemand der für den ganzen deutschen Markt arbeiten kann. Da es nur wenige große Unternehmen in Österreich gibt, ist deren Wettbewerb um die besten für die österreichischen Rechtsdienste notwendigen Anwaltskanzleien schwächer. Aber auch in diesen Bereichen gibt es zunehmend einen internationalen Wettbewerb. Österreichische Spitzenfußballer spielen in ganz Europa, österreichische Architekten bauen nicht nur in Österreich. Manager und Finanzspezialisten aus Österreich sind auch in den anderen Ländern erfolgreich. All das hat die Einkommensverteilung ungleicher gemacht und wird weiterhin die Ungleichheit vergrößern.

8. Zusammenfassung

Jeder Versuch, mit *einer* Erklärung die langfristigen Veränderungen in der Einkommensverteilung zu analysieren, scheitert. Sicher ist, dass der Wettbewerb in allen Bereichen zugenommen hat – auf den Gütermärkten, auf den Arbeitsmärkten. Das bewirkt in manchen Bereichen eine Senkung der Einkommen. Die Monopolpositionen spezifischer Qualifikationen bekommen größere Bedeutung. Teils, weil damit eine stärkere Verhandlungsposition bei Konflikten verbunden ist, teils, weil die Anbieter ihre Leistungen an den Meistbietenden verkaufen können. Es gibt daher geringere Möglichkeiten durch institutionelle Regeln, die Verteilung der Einkommen politisch zu gestalten.

Manche Änderungen der Einkommensverteilung sind statistische Konsequenzen von geänderten Lebensformen. Es verändern sich die Häufigkeiten bestimmter Einkommen, ohne dass sich die Möglichkeit Einkommen zu erzielen geändert hat. Problematischer sind natürlich Änderungen der Einkommensverteilung, die mit veränderten Möglichkeiten Einkommen zu erzielen verbunden sind. Letzteres ist durch den steigenden Wettbewerb für manche Gruppen sicher eingetreten und hat so zu einer Vergrößerung der Ungleichheit beigetragen. Man kann dieses Anwachsen der Ungleichheit sozialpolitisch bekämpfen oder zumindest abschwächen. Eine Reduktion des Wettbewerbs, um zu einer früheren Verteilung zurückzukehren, wäre kein realistisches Konzept. Sollte es dennoch dazu kommen, wäre der Preis dafür eine starke Reduktion der Arbeitsteilung und damit ein Verlust an Wohlstand.

Anmerkungen

- ¹ OECD, 2008; OECD, 2011.
- ² Die im Heft 4/2011 für das Heft 1/2012 von *Wirtschaft und Gesellschaft* von Altzinger et al. angekündigte Untersuchung der Entwicklung der Einkommensverteilung in Österreich konnte für die Überlegungen in diesem Beitrag nicht herangezogen werden.
- ³ Voraussetzung für eine Beschäftigung als Assistent an einer Universität ist seit einiger Zeit der Abschluss eines Doktoratsstudiums. Mit einem Diplomabschluss erhält man als prae-doc ein wesentlich geringeres Einkommen. Früher genügte der Abschluss eines Diplomstudiums. Die jetzige Gestaltung mag durchaus sinnvoll und berechtigt sein, aber sie erhöht die Ungleichheit.
- ⁴ Es kann dieses Phänomen natürlich mit einer Selektion der Arbeitskräfte nach statistisch nicht registrierbaren Qualifikationsunterschieden verbunden sein.
- ⁵ Nach Tabelle 9.06 des Statistischen Handbuchs der Republik Österreich steigt die Differenz zwischen dem 1. und dem 3. Quartil der Einkommensverteilung bei Arbeitern nicht an zwischen dem 4. und dem 6. Lebensjahrzehnt, wohl aber bei den Angestellten.
- ⁶ Atkinson et al., 2011.
- ⁷ Rosen, 1981.
- ⁸ Frank und Cook, 1995.

Literatur

- Atkinson, Anthony B., Thomas Piketty, and Emmanuel Saez (2011), Top Incomes in the Long Run of History, *Journal of Economic Literature* 49 (1), 3-71.
- Frank, Robert H., Philip J. Cook (1995), *The winner-take-all society*, New York: Free Press.
- OECD (2008), *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*, Paris.
- OECD (2011), *Divided We Stand – Why Inequality Keeps Rising*, Paris.
- Rosen, Sherwin (1981), The Economics of Superstars, *American Economic Review* 71(5), 845-858.